

Top aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Homepage: [www.aktiomed.de](http://www.aktiomed.de)

## Empfehlungen für Investment-Anlagen in Investmentfonds, geschlossene Fonds und Immobilien

AKTIOMed Postfach 310147, 53201 Bonn Tel.: 0228/18467-0 / [www.aktiomed.de](http://www.aktiomed.de)  
Versand: Vierfarbig per Post oder e-mail (PDF-Datei, zu öffnen mit Acrobat Reader)

Liebe Leserin, lieber Leser,

Deutschland hat gewählt und nun sollte schnellstens eine stabile Regierung gebildet werden, vor der Wahl in Niedersachsen am 15.10.2017 wird dies allerdings nicht möglich sein und ob sich dann CDU und CSU schnell einigen werden, bleibt erstmal abzuwarten. Über die Qualität der aktuell einzig möglichen Koalitionsregierung aus **schwarz-gelb-grün** wird bereits heftig spekuliert und es werden alle möglichen Politikfelder auf die unterschiedlichen Standpunkte der potentiellen Partner abgeklopft. Die kleineren Parteien wollen vor allem **Digitalisierung, Bildung und generell Investitionen für die Zukunft**. Dabei scheuen sich beide auch nicht, neue Wege zu beschreiten. So will man die restlichen **Telekom-Aktien des Bundes** verkaufen und mit dem Erlös den Ausbau des Glasfasernetzes zur schnelleren Datenübertragung finanzieren. Die Ironie dabei, daß gerade die Telekom dies nicht forciert hat und dabei, sicherlich auch mit dem Argument des Erhalts der Arbeitsplätze im Unternehmen, von der abgewählten Regierung unterstützt wurde. Auch in Fragen der Altersrenten sind neue Wege zu schreiten. Die Eile, mit der Schulz und Merkel in ihrem Fernsehduell die **Rente mit 70** in Abrede stellten, deutet die Brisanz dieses Themas an. Wenn nun selbst der Vorsitzende des Sozialbeirates der Bundesregierung, Gerd Wagner, langfristig eine Erhöhung des Renteneintrittsalter auf 72 Jahre fordert, wird die neue Regierung nicht umhin können, sich dieser Frage zu widmen. Vor allem im Bereich der Eigenvorsorge müssen Änderungen erfolgen. Die miesen Renditen der Riesterrenten müssen durch vernünftige Produkte ersetzt werden. Hier steht schon seit einiger Zeit der Vorschlag der hessischen Landesregierung, schwarz-grün, im Raum, einen Deutschland-Fonds einzurichten, der seine Gelder vorrangig in Aktien investiert, Vorbilder sind hierfür die **Staatsfonds im Norden**, der norwegische hat mittlerweile ein Volumen von mehr als **1 Billion US-Dollar** erreicht, der schwedische Fonds AP 7, in den 2,5 % des Bruttogehalts der Arbeitnehmer fließen, verfügte Ende 2016 über ein Volumen von knapp 35 Milliarden Euro.

Am 24. September wurde jedoch keine Koalition gewählt, sondern ein Parlament, **der Deutsche Bundestag**. Laut Wahlgesetz besteht dieser aus 598 Abgeordneten, die je zur Hälfte direkt in einem Wahlkreis per Erststimme mit einfacher Mehrheit gewählt werden, die andere Hälfte wird dann gemäß den Zweitstimmen aus den jeweiligen Landeslisten gebildet. Endsendet eine Partei mehr direkt gewählte Abgeordnete als sie gemäß den Zweitstimmen aus dem jeweiligen Bundesland senden würde, behält sie diese Mehrmandate als **Überhangmandate** und die anderen Par-

teien erhalten dafür **Ausgleichsmandate** bis das jeweilige Land genauso viele Abgeordnete pro Partei in den Bundestag entsendet wie es dem Zweitstimmenverhältnis entspricht. Für das Land sind dann aber mehr Abgeordnete im Bundestag vertreten als gemäß der Einwohnerzahl des Landes, somit müssen alle anderen Länder auch mehr Abgeordnete gemäß der Zweitstimmenzahl entsenden, um wieder das Gleichgewicht herzustellen. Aus einem **Überhangmandat** kann damit leicht ein ganzer **Rattenschwanz an Ausgleichsmandaten** entstehen, so daß der Bundestag dann aus viel mehr als den gesetzlich vorgeschriebenen Abgeordneten bestehen wird. Die Änderung des Wahlrechts 2011, daß dann erstmals für die Bundestagswahl 2013 angewendet wurde, führte bei der letzten Wahl zu einem Parlament mit 631 Abgeordneten, einer eher moderaten Mehrzahl von **33 Abgeordneten**. In manchen Kommentaren wurde seit 2011 allerdings befürchtet, daß diese eher als Formalkompromiß zu bezeichnende Änderung, die vor allem den Bedenken der CSU geschuldet war, auch zu einem Parlament von über **700 Abgeordneten** führen könnte. Und nun haben wir diese Zahl, **709 Abgeordnete**, und somit **111 Abgeordnete mehr** als das Gesetz vorsieht, und fordert nun eine Partei ein neues Wahlrecht? Die Magie der Zahlen (**Schnapszahlen**) **33 und 111** ist offensichtlich zu groß, auch die Gelder, die nun für die Mehr-Abgeordneten aufgewendet werden müssen, nach ersten Berechnungen sind dies **33(!) Millionen €** mehr, können die Fraktionen und ihre Mitglieder gut gebrauchen. Es wird allerdings nicht mehr lange dauern, bis in der breiten Öffentlichkeit nach einer Änderung des Wahlgesetzes gerufen wird, denn wozu braucht Deutschland 709 Bundestagsabgeordnete, wenn **Länder mit größerer Bevölkerung** mit deutlich weniger Abgeordneten in der ersten Kammer auskommen, vor allem, wenn man dort vorher genau weiß, wie groß das Parlament ist. Einige durchaus bedenkenswerte Vorschläge zur Änderung des Wahlrechts sind bereits publiziert worden und es liegt nun an den Parteien, vor allem an denen, die der neuen Regierung angehören, hier Verbesserungen so durchzusetzen, daß dem nächsten deutschen Bundestag nur **wirklich 598 Abgeordnete** angehören, ansonsten würde schnell der Begriff der „**Selbstbedienungsmentalität**“ der Parteien die Runde machen. Man darf gespannt sein, wie die einzelnen Parteien in dieser Frage agieren werden, vor allem die **Anti-System Partei AfD**.



Hans Kreideweiss  
GF AKTIOMed

# Gibt es bald wieder Haben-Zinsen?

Im kommenden Monat beginnt die US-amerikanische Notenbank, **kurz FED**, mit dem Abbau ihrer Bilanzsumme. Das Ankaufprogramm endete bereits im Oktober 2014, die FED pumpte seit Beginn der Finanzkrise 2008 insgesamt **4.200 Milliarden USD** in den Kauf von US-Staatsanleihen und hypothekensicheren Wertpapieren. Seit Oktober 2014 werden die Einnahmen aus fällig gewordenen Anleihen nur noch reinvestiert. Dieser Betrag wird nun um 10 Milliarden im Monat reduziert und soll jedes Quartal bis zu einer Obergrenze von 50 Milliarden pro Monat ausgeweitet werden. Die **Notenbankchefin Janet Yellen** beruhigte die Märkte mit der Bemerkung, daß dieser Abbau-Prozess nun einige Jahre im Hintergrund laufen werde. Für die Finanzmärkte werde das so aufregend sein, „**wie Farbe beim Trocknen zuzusehen**“. Die Märkte glaubten ihr gerne angesichts der Tatsache, daß damit die Trendumkehr in der US-Geldpolitik begonnen hat. Dennoch markierte der marktbreite **US-Index S&P 500** neue Höchststände, obwohl die FED auch ankündigte bis zum Jahresende den Zinskorridor etwas höher zu heben und dann 2018 weitere Straffungen vorzunehmen. Diese verbale Beruhigung gelang auch, weil der Bilanzabbau in sehr kleinen Dosierungen vorgenommen wird und sowohl die **Bank von Japan** als auch die **Europäische Zentralbank** noch Monat für Monat fast 100 Milliarden USD ins globale Finanzsystem pumpen. Steigende Zinsen werden zudem als Bestätigung für einen dynamischen Konjunkturaufschwung und steigende Unternehmensgewinne angesehen. Seit dem Platzen der Technologieblase an den Börsen zu Beginn des Jahrtausends dominierte an den Finanzmärkten eher die Furcht vor einer Abwärtsspirale aus geringerem Wirt-

schaftswachstum und sinkender Inflation. Die FED muss sich aber die Frage gefallen lassen, was passiert, wenn das **Wirtschaftswachstum nachläßt**, denn dann wären höhere Zinsen Gift für die Aktienmärkte, so wie Ende der 1990-er Jahre. Der Normalisierungskurs wäre dann in Frage gestellt, wenn es zu größeren Kurseinbrüchen an den Aktienmärkten kommen sollte. Fallende Vermögenspreise in den hochverschuldeten Volkswirtschaften würden eine Gefahr für die Kredite darstellen, denen diese Assets als Sicherheit dienen. Der weltweite Schuldenberg ist, nach einer Untersuchung des Instituts für internationalen Finanzen (IFF), heute auf **216.000 Milliarden US-Dollar** angewachsen, gegenüber 1996 bedeutet dies einen Anstieg um 240 Prozent, die Gesamtschuldensumme entspricht **325 % der Weltwirtschaftsleistung**. Stiegen die Zinsen wieder auf Höhen wie Mitte der 1990-er Jahre würde angesichts des gewaltigen Schuldenberges vielen Schuldnern die Bedienung der auf-



**KIRIFARM Spanien:**  
Einmaliger Frühbucherrabatt von **5 %** für Zeichnungen im Oktober.

genommenen Kredite unmöglich werden. Dieses makroökonomische Schreckensszenario muß natürlich nicht eintreten, dennoch tun alle Beteiligten gut daran, es im Hinterkopf zu behalten, vor allem gerade dann, wenn die wirtschaftlichen Aussichten für die nächsten Monate gut sind. Die letzte große wirtschaftliche Krise entstand auch völlig unerwartet, aus irgendeiner Ecke tauchte ein „**schwarzer Schwan**“ auf. Das Spektakel, das die USA mit Nordkorea aufzuführen, reicht dafür allerdings nicht aus. Die Wertpapiermärkte haben sich beruhigt, nur der Goldpreis hat die seit Februar 2017 bestehende Marke von 1.300 USD pro Feinunze erstmals überschritten, dennoch hat für einen in EURO rechnenden Anleger der Anstieg des Goldpreises keinen Effekt, denn in gleichen Maße ist der **US-Dollar gegenüber dem EURO gefallen**. Auch nach acht Jahren leichtem Konjunkturaufschwung bleibt die Inflationsrate in fast alle entwickelten Ländern sehr niedrig und auch die anderen Notenbanken werden behutsam beginnen, zur geldpolitischer Normalität zurückzukehren. Gold war in der Vergangenheit vor allem dann gefragt, wenn die **Papierwährungen massiv an Wert** verloren und die Wirtschaft schwächelte. Vergessen sollte ein in EURO rechnender Investor auch nicht, daß Gold-Investments auch ein Investment in US-Dollar bedeutet. Für den Wechselkurs gegenüber dem EURO lagen **viele Prognosen zu Jahresbeginn falsch**, von einer Parität kann nicht mehr die Rede sein, den großartigen Ankündigungen des US-Präsidenten folgten bisher keine Taten, auch jetzt steigen die US-Aktienmärkte nur aufgrund der Ankündigung „**der größten und besten Steuerreform aller Zeiten**“, darauf zu vertrauen erscheint nicht ratsam. Die hiesigen Aktienmärkte steigen auch ohne große Reden, der **TecDax** legte so seit Jahresanfang um fast ein Drittel zu.

Bitte faxen an: **0228-18467-10** oder eine e-mail an: **aktiomed@t-online.de**

**AKTIOMed vertraulich - September 2017**

Name: \_\_\_\_\_ PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ FAX: \_\_\_\_\_ e-mail: \_\_\_\_\_

**Informieren Sie mich bitte über Ihre Empfehlungen für geschlossene Fonds**

Jamestown 30

Holzfonds Kiri Farm Spanien

Solarfonds Japan 1

Senden Sie bitte **AKTIOMed vertraulich** an: \_\_\_\_\_  
(weitere Adressen bitte auf neuem Blatt - nach Möglichkeit e-mail Adresse angeben)